

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Edgar Naujok, Stefan Keuter, Dr. Malte Kaufmann, René Bochmann, Peter Felser, Kay Gottschalk, Mariana Iris Harder-Kühnel, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD

Teilhabe vor Ort schaffen – Afrikas Leistungsfähigkeit stärken durch kontinentale Wertschöpfung anstelle von globalen Lieferketten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben die Schwäche der globalisierten Wirtschaft offengelegt: Eine globale Vernetzung schafft auch globale Abhängigkeiten. Die Menschen in Deutschland, aber auch in den Partnerländern der Entwicklungspolitik bemerken die Auswirkungen gerissener Lieferketten beim Einkauf alltäglicher Güter, bei der Anschaffung medizinischer Ausstattung wie Atemmasken oder bei den Energiepreisen.

Damit führen uns die gegenwärtigen Krisen eindrücklich vor Augen, dass eine stärkere kontinentale Wertschöpfung einzelnen Ländern und Regionen dabei hilft, diese Herausforderungen zu meistern. Für künftige Krisen heißt das, dass ein vorausschauender entwicklungspolitischer Ansatz vor allem die kontinentale und regionale Wertschöpfung der Partner stärken muss. Eine Fokussierung auf die Lieferketten hingegen würde die Auswirkungen derartiger Krisen verstärken.

Weiter zeigen uns die derzeitigen Krisen die grundsätzliche Bedeutung der Wirtschaft. Die Entwicklungszusammenarbeit hat hier allerdings wenig geleistet. Mit der sambisch-amerikanischen Ökonomin Dambisa Moyo ist festzustellen, dass es kein Land der Welt gibt, welches durch Entwicklungsleistungen ein signifikantes Wirtschaftswachstum und eine Verringerung der Armut erfahren hat. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verzettelt sich hingegen mit unzähligen staatlichen, politischen, privaten und kirchlichen Akteuren und Projekten, die in jeden Lebensbereich der Menschen eingreifen und geht damit an den Erfordernissen resilienter Entwicklungspolitik vorbei. Vielmehr werden so neue Abhängigkeiten geschaffen.

Entwicklung braucht vor allem wirtschaftliche Anreize, welche nur durch eine nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgestaltete Entwicklungszusammenarbeit angeregt werden können. Durch eine prosperierende Wirtschaft kann ein Wohlstand erreicht werden, der wiederum weiteren Sektoren wie der Gesundheit oder der Bildung zugutekommt.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. dem auf der christlichen Soziallehre fußenden Subsidiaritätsprinzip („Hilfe zur Selbsthilfe“) im Rahmen der künftigen Zusammenarbeit uneingeschränkte und absolute Geltung zu verschaffen;
 2. eine ressortübergreifende kohärente afrikapolitische Strategie auszuarbeiten, deren Fokus auf deutschen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen liegt. Dabei soll sichergestellt werden, dass die Interessen der in Frage kommenden afrikanischen Partnerstaaten angemessene Berücksichtigung finden;
 3. damit einhergehend die Anzahl der afrikanischen Partnerstaaten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit interessensgerecht zu reduzieren;
 4. laufende Vorhaben und Maßnahmen mit reiner Umverteilungsfunktion unverzüglich zu beenden;
 5. durch reine Zuschüsse finanzierte Vorhaben und Maßnahmen auf ein erforderliches Maß zu reduzieren;
 6. Vorhaben und Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt auszubauen, die nachgewiesen geeignet sind privates Kapital zu mobilisieren, hierdurch insbesondere deutsche Privatinvestitionen in ausgewählten afrikanischen Partnerstaaten entwicklungspolitisch zu fördern, eng zu begleiten sowie angemessen gegen Risiken abzusichern;
 7. die geschaffenen Entwicklungsinvestitionsfonds aufzufüllen und attraktiver sowie effektiver für die entsprechenden Zielgruppen zu gestalten;
 8. die deutsche Privatwirtschaft erheblich stärker in die neue Strategie der Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden afrikanischen Partnerstaaten einzubinden;
 9. Investitionsgarantien und weitere Absicherungsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen und Investitionen in den afrikanischen Partnerstaaten auszuweiten und zu erleichtern;
 10. den Aufbau von industriellen Verarbeitungskapazitäten als strategisches Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit festzulegen und die diesbezüglichen komparativen Vorteile auszubauen sowie hierbei insbesondere die Landwirtschaft als Schlüsselfaktor für die Entwicklung der afrikanischen Partnerstaaten zu berücksichtigen;
 11. die Bemühungen der Afrikanischen Union zur Schaffung eines panafrikanischen Binnenmarkts politisch zu unterstützen;
 12. bei rohstoffreichen afrikanischen Partnerstaaten die wirtschaftliche Zusammenarbeit darauf auszurichten, die Verarbeitungs- und Veredelungskapazitäten der entsprechenden Rohstoffe interessensgerecht zu fördern;
 13. die Achtung der kulturellen Identitäten zu einem grundlegenden Prinzip der deutschen Zusammenarbeit zu erheben und damit dem universellen Werteimperialismus der bisherigen Entwicklungspolitik endgültig abzusagen;
 14. die Potenziale der Digitalisierung in der Umsetzung und Steuerung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zur Effektivitäts- und Effizienzsteigerung zu nutzen;
 15. die bisherigen den deutschen und partnerstaatlichen Wirtschaftsinteressen widersprechenden Bestrebungen für ein nationales Lieferkettengesetz unverzüglich einzustellen.

Berlin, den 10. Mai 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Mangelhafte Krisenresilienz und damit auch die Forderung nach größerer regionaler Wertschöpfung betreffen insbesondere den afrikanischen Kontinent. Grund dafür ist neben den aktuellen Krisen vor allem die Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahrzehnte: Entwicklungspolitik hat seit 60 Jahren nicht zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum geführt; die Staaten des afrikanischen Kontinents sind in erster Linie Empfänger von Zuwendungen westlicher Staaten. Bisher ist Subsahara-Afrika die am wenigsten industrialisierte Region der Welt. Es hatte im Jahr 2021 das geringste Bruttoinlandsprodukt aller Weltregionen (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/248161/umfrage/anteil-am-globalen-bruttoinlandsprodukt-bip-nach-weltregionen/>). Deswegen wird die Entwicklungspolitik zunehmend auch von afrikanischen Ökonomen kritisiert. Beispielsweise fordert James Shikwati seit einigen Jahren, die Entwicklungshilfe „um Himmels Willen zu stoppen“. Shikwati argumentiert, dass Entwicklungshilfe eher die politische Industrie befördert als die Wirtschaft. Stattdessen plädiert er für Industrialisierungsbemühungen und Direktinvestitionen, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung führen (<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/interview-mit-james-shikwati-wer-afrika-helfen-will-darf-kein-geld-geben-1437005.html>).

Bisher sieht die Realität jedoch anders aus. Beispielsweise wird bei afrikanischer Baumwolle der Weiterverarbeitungsprozess und damit der Großteil der Wertschöpfung außerhalb des Ursprungslandes vollzogen: afrikanische Baumwolle wird zu erheblichen Anteilen nach China und in andere asiatische Länder exportiert, um dort in der asiatischen Textilindustrie für den europäischen Markt verarbeitet zu werden (Südwind-Studie von Mai 2014: „Afrikas Weißes Gold. Ein moderner Dreieckshandel“, Seite 23). Nigerias Erdöl ist ein weiteres Beispiel: Nigerias Abhängigkeit von Erdöleinnahmen ist sehr hoch. Der Erdölsektor erwirtschaftet 80 % der Exporteinnahmen und fast die Hälfte der Staatseinnahmen. Die tägliche Förderleistung liegt derzeit bei ca. 1,7 Mio. Barrel. Für die Verarbeitung des Rohöls verfügt Nigeria über vier Raffinerien. Trotzdem muss das Land nach wie vor einen Großteil des Benzins für den Eigenbedarf importieren (<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/nigeria-2021/337812/der-fluch-des-segens/>).

Um dauerhaftes Wachstum und vor allem Arbeitsplätze zu schaffen, müssen die afrikanischen Volkswirtschaften durch Industrialisierung diversifiziert und die Wertschöpfung vor Ort gefördert werden, wie es die Erfahrungen mit den sogenannten „asiatischen Tigerstaaten“ gezeigt haben“ (<https://www.ihk-nuernberg.de/de/IHK-Magazin-WiM/WiM-Archiv/WIM-Daten/2014-06/ihk-welt/die-tigerstaaten-wachsen-kraeftig>). Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht Malaysia. Es war mit den gleichen Chancen und Herausforderungen wie afrikanische Länder konfrontiert, die mit natürlichem Ressourcenreichtum verbunden sind. Es war lange Zeit auf den Export von Rohstoffen wie Zinn, Gummi, Palmöl und Öl angewiesen. Zum Zeitpunkt des ersten Ölschocks im Jahr 1973 lag das reale Pro-Kopf-Einkommen Malaysias bei 2400 US-Dollar auf einem Niveau, das mit dem der afrikanischen Länder südlich der Sahara zur gleichen Zeit vergleichbar war (durchschnittlich 1460 US-Dollar). Im Jahr 2018, 45 Jahre später, hat sich das reale Pro-Kopf-Einkommen Malaysias auf 12.120 US-Dollar verfünffacht, während das der afrikanischen Länder mit durchschnittlich 1.660 US-Dollar praktisch unverändert geblieben ist. Heute ist die Armut in Malaysia beträchtlich gesunken. Dies gelang den malaysischen Eliten, indem sie die natürlichen Ressourcen als Chance nutzten ihre Wirtschaft zu verändern, insbesondere durch Industrialisierung und Infrastrukturmaßnahmen (www.lepoint.fr/afrique/covid-19-pourquoi-l-afrique-doit-changer-de-paradigme-27-04-2020-2373046_3826.php).

Nach Ansicht der Antragsteller ist die Landwirtschaft der Schlüsselfaktor für Afrikas Aufstieg. Denn der Agrarsektor stellt rund 60 Prozent aller Arbeitsplätze in Afrika südlich der Sahara. Deswegen sind die Regierungen der afrikanischen Staaten und die Afrikanische Union derweil bestrebt, die Industrialisierung der afrikanischen Landwirtschaft voranzutreiben und die afrikanischen Wertschöpfungsketten zu entwickeln, um der afrikanischen Landwirtschaft zu ermöglichen einen Massenmarkt zu bedienen (<https://au.int/en/agenda2063/goals>). Besonders schlecht ist die aktuelle landwirtschaftliche Situation in der Sahelzone. Die Landwirtschaft ist in dieser Region stark eingeschränkt und die Zeitfenster für die Aussaat sind sehr eng, manchmal nur wenige Tage lang. Darüber hinaus müssen Kulturen gezielt entwickelt werden, die rentabel sind. Um die Sahelzone zu ernähren, müssen also die Ernteerträge gesteigert werden. Nach Ansicht der Antragsteller besteht die Lösung nicht darin, dass Europa seine Weizenproduktion problemlos verdoppelt und nach Afrika schickt. Die Sahelzone muss ihre eigene landwirtschaftliche Produktivität entwickeln. Die Länder der Sahelzone – Niger, Mauretanien, Mali, Burkina-Faso und Tschad – entwickeln bereits Strategien, um ihre landwirtschaftliche Produktivität zu steigern, um die

Menschen zu ernähren, da sich ihre Bevölkerung bis 2050 verdoppeln wird. Die nationalen Institute für Agrarforschung in den Sahel-Ländern haben gemeinsam die Erklärung von Ouagadougou verabschiedet.

Die Zeichner der Erklärung haben die Absicht, die landwirtschaftlichen Ziele der Sahel-Allianz zu unterstützen (<https://www.euractiv.de/section/landwirtschaft-und-ernahrung/interview/landwirtschaft-sahelzone-muss-ihre-produktivitaet-steigern-um-den-bevoelkerungs-boom-zu-schultern/>). Nach Ansicht der Antragsteller sollte die Bundesregierung dergleichen bestehende afrikanische Initiativen zur Steigerung der afrikanischen landwirtschaftlichen Produktivität mit deutschen Investitionen, deutschen Technologien und deutschem Wissen unterstützen.

Ausgehend von der Landwirtschaft sollte nach Ansicht der Antragsteller die Entwicklung Afrikas durch die Förderung unternehmerischen Handelns durch Privatinvestitionen stärker als bisher flankiert werden. Eine Neuausrichtung der deutsch-afrikanischen Zusammenarbeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in Afrika und für Afrika ist daher dringend erforderlich. Im Rahmen dieser neuen deutsch-afrikanischen Kooperation müssen die wirtschaftliche Produktivität und der wirtschaftlichen Nutzen für beide Seiten stärker betont werden. Grundlage der afrikanischen Wirtschaftsstrategie für Wachstum und Entwicklung ist die Agenda 2063, welche die zahlreichen Rohstoffe des Kontinents zur Industrialisierung nutzen möchte (<https://au.int/en/press-releases/20210902/africas-commodities-strategy-value-addition-global-competitiveness>).